

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 40

Ersteinst. Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mfr. Nur Postbezugs.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 28. September 1930

Verlagsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 5-12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

Kampf der Wirtschaftskrise!

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wächst sich nicht nur immer mehr zur wirtschaftlichen Katastrophe aus, sie ist auch geeignet, der sozialen Entwicklung den allergrößten Schaden zuzufügen. Die Zerrissenheit des deutschen Volkes und namentlich die unleidlichen Verhältnisse in den Parlamenten verhindern durchgreifende Maßnahmen. Man kann als sicher annehmen, daß irgendeine Lösung eher möglich wäre, wenn sich im Reichstag nur zwei starke Gruppen, Arbeit und Kapital, gegenüberstehen würden, als bei dem Mischmasch aller möglichen Interessentengruppen und Parteipolitiker.

Die Stelle, die sehr viel zur Ueberwindung der Krise beitragen kann, ist die Reichsregierung. Immer tiefer setzt sich die Erkenntnis durch, daß staatliche Wirtschaftspolitik getrieben werden muß. Und weil dem so ist, muß von der Reichsregierung die notwendige Initiative ausgehen. Doch solange die Finanzwirtschaft des Reichs, der Länder und der Gemeinden nicht geklärt ist, wird die Besserung des gegenwärtigen Wirtschaftszustandes auf sich warten lassen.

Es hat an Vorschlägen zur Milderung seither keineswegs gefehlt. Am verblüffendsten sind diejenigen, die von den Unternehmern und der ihnen nahestehenden Presse ausgehen. Sie sind mit wenigen Worten zu kennzeichnen: Herabsetzung der Löhne, Steuern und sozialen Lasten! Ueber diese einfache Formel mögen Reaktionen und der Volkswirtschaft laienhaft gegenüberstehende Leute begeistert sein. Doch jeder, der den Nebenzweck sieht und etwas tiefer denkt, wird sofort erkennen, daß wirtschaftlich damit gar nichts erreicht ist. Eher muß daraus ein ungeheurer Schaden entstehen. Es muß also nach anderen und besseren Methoden zur Milderung der Wirtschaftslage Umschau gehalten werden.

Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sie muß vielmehr die Krise noch verschärfen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert einen allgemeinen Abbau der Preise. Durch Anwendung der Kartellverordnung und durch Herabsetzung derjenigen Zölle, die lediglich der Hochhaltung der Inlandspreise dienen, sind die Preise für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse zu senken. Zugleich muß jedoch durch den Abbau der hohen Zwischenhandelsgewinne, durch Befreiung der Ausnahmesteuer auf die Großladengeschäfte, insbesondere die Konsumvereine, auch der Abbau der Preise im Kleinverkauf gesichert werden.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit. Auf die Ermäßigung der Zinsen für langfristige Kredite ist hinzuwirken. Die produktive Erwerbslosenfürsorge und der Kleinwohnungsbau ist zu fördern. Alle Finanzierungsmöglichkeiten für den Straßenbau sind auszunutzen, die Post- und Fernsprechanlagen beschleunigt den Bedürfnissen entsprechend zu modernisieren, die Eisenbahnanlagen zu erneuern und das Eisenbahn- und Wegenez auszubauen. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit macht die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes unter Sicherung des Achtstundentages und stärkster Einschränkung der Ueberstundenarbeit erforderlich. Darüber hinaus ist angehts der fortgeschrittenen Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

In der jetzigen Not ist äußerste Sparsamkeit bei allen öffentlichen Körperschaften unumgängliche Pflicht. Vor allem müssen die Ausgaben für militärische Zwecke erheblich gesenkt werden, ebenso die für den auswärtigen Dienst, für die hohen Pensionen und Gehälter und andere persönliche und sachsliche Zwecke, die mit dem Ernst der Wirtschafts- und Finanzlage nicht im Einklang stehen.

Zur vollen Deckung des Reichshaushalts sind in erster Linie die leistungsfähigen Volksschichten heranzuziehen. Am gerechtesten kann das durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer auf die höheren Einkommen geschehen.

Die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reiches muß dem Doppelzweck dienen, die Finanzen durch Sparsamkeit und gerechte Verteilung der unvermeidlichen Lasten in Ordnung zu bringen und die Wirtschaftskrise zu überwinden, was nur unter Aufrechterhaltung der Lebenshaltung und der Konsumkraft der breiten Masse möglich ist.

Ein Handeln in diesem Sinne scheint uns sehr wohl die Voraussetzungen für eine Besserung der Wirtschaftslage schaffen zu können. Es kommt vor allem darauf an, daß schnell gehandelt wird. Ueberhaupt müssen alle Mittel angewandt werden, um die Wirtschaftsnot zu beheben. Denn je länger diese dauert, je stärker schlägt sie zugunsten der Hand- und Kopfarbeiter aus. Um das zu verhindern, ist die beschleunigte Stärkung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft mehr denn je notwendig.

Die Entvölkerung der Industriehallen.

Man rechnet nach PS und vergißt den Menschen!

Die Rationalisierung hat im Bunde mit der technischen Entwicklung die Produktionsgrundlagen grundsätzlich verändert. Teilweise merken wir selbst nicht einmal, in welchem Umfange dies geschah. Die hohe Arbeitslosenziffer ist jedoch in erheblichem Maße auf die in den Betrieben vorgegangene Revolution zurückzuführen. Die praktischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, zeigen sich immer mehr und mehr. Die bürgerliche Welt bestaunt nur die technischen Wunderwerke und will die Schäden der Rationalisierung nicht sehen. Da will es schon etwas besagen, wenn bürgerliche Schriftsteller das Wesentlichste der Entwicklung deutlich erkennen. Der Chefredakteur des Handelsblattes der „Vossischen Zeitung“ hatte an einer Fahrt durch das Ruhrgebiet teilgenommen und berichtete darüber unter anderem folgendes:

„Die Formel des Jahrmarktausrufers: „Alles dreht sich, alles bewegt sich, alles Mechanik“ hat einen neuen verhängnisvollen Sinn bekommen. Der Kopf hat die Hand verdrängt, der eine Kopf tausend Hände. Das Rätsel des Perpetuum mobile, die Sehnsucht der alten Techniker, scheint praktisch gelöst zu sein. Was bedeutet es noch, daß an den Schaltstellen und Meßinstrumenten ein Arbeiter steht, daß an den Maschinen jemand Obacht gibt, daß ein Heizer die Ofenreihen entflankläuft? Arbeit und Produktion stehen an vielen Orten offenkundig nur noch in einem imaginären Verhältnis. Der Anteil der Menschenkräfte an der Gütererzeugung nimmt rapide ab. Der Konsum kann nicht nachkommen und nicht aufholen, was durch den Fortschritt der Technik eingespart wird...

Man kann von Werk zu Werk wandern: überall dieselbe Leere. Maschinen, „Pferdekräfte“, aber keine Menschen. Man rechnet nach PS, nicht mehr nach der Zahl der Beschäftigten. Die Technik hat die Industrie entvölkert. Die Rationalisierung der letzten Jahre hat den unaufhaltsamen Prozeß beschleunigt, nun stehen wir an einem Wendepunkt. Die Elektrizität hat die gleiche Situation geschaffen, wie vor hundert Jahren die Dampfmaschine. Die Arbeiter sind freigelegt, sie warten in ihren Wohnungen, drängen sich vor den Arbeitsnachweisen, aber sie finden kein Unterkommen. Gewiß wird auch das nur ein Uebergangsstadium sein. Die Produktionsmöglichkeiten werden allmählich durch wachsenden Bedarf absorbiert oder aber die Arbeitszeit muß durch Verkürzung den neuen Produktionsmethoden angepaßt werden. Der Sieben- und Sechstundentag, die Fünftagewoche, die uns heute noch wie die Chimäre überspannter Ford-Propheten an-

mutet, wird kommen. Tatsächlich ist sie heute schon da in der Form unfreiwilliger Feierschichten und völliger Arbeitslosigkeit. Aus diesem tödenden Nichtsein eine neue Arbeitsordnung zu machen, ist die Zukunftsaufgabe der wirtschaftlichen Organisatoren. Die Techniker haben das ihre getan, haben mehr geleistet, als für den Augenblick gut ist. Die Wirtschaftler sind an der Reihe."

Es ist interessant, daß eine demokratische Zeitung die Konsequenzen aus der eingetretenen Entwicklung zieht. Die Technik hat in der Tat die Industrie entvölkert. Früher fleißig tätige Menschen drängen sich heute untätig vor den Arbeitsnachweisen. Der Sieben- und Sechstundentag wird und muß kommen, so schlußfolgert der bürgerliche Artikelschreiber. Das ist auch unsere Meinung, und wir müssen mit allen Mitteln bestrebt sein, dieses Ziel recht bald zu erreichen.

Die Konsumgenossenschaften.

11. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlicht die Entwicklungszahlen der ihm angeschlossenen Genossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern im zweiten Vierteljahr 1930, die im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 1929 erkennen lassen, daß trotz der schweren Dauerarbeitslosigkeit nur eine Verlangsamung der Fortschritte zu verzeichnen ist. So betrug die Mitgliederzahl im ersten Vierteljahr 1930: 2 905 580 Familien gegen 2 815 280 Familien im korrespondierenden Vierteljahr 1929, der Warenumsatz rund 291 Millionen Mark (287 Millionen Mark), wobei festgestellt wird, daß einzelne Revisionsverbände, die in stark industrialisierten Ländern, wie z. B. Sachsen, ihr Tätigkeitsgebiet besitzen, Umsatzzuwächse zu verzeichnen haben, während wieder andere, wie zum Beispiel Württemberg, einen so starken Zuwachs aufweisen, daß er gegenüber dem zweiten Vierteljahr des Jahres 1929 nahezu die Hälfte des Zuwachses überhaupt darstellt. Die differierende Arbeitslosigkeit zeichnet sich also in der wirtschaftlichen Struktur einzelner Länder sehr stark ab. Im ganzen also noch kein Rückgang, aber eine starke Verlangsamung des Fortschritts, der in dem Augenblick wieder lebhafteres Tempo zeigen wird, in dem die Arbeitslosenziffern allgemein sinken.

Die finanziellen Grundlagen der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes sind unverändert gut. So betragen die Geschäftsguthaben der Mitglieder (eigenes Betriebskapital) rund 62 Millionen Mark; sie sind nicht höher als das im Jahre 1929 erzielte Rabattguthaben der Mitglieder nebst Reinertrag mit 61,6 Millionen Mark. Woraus sich die absolute Wirtschaftlichkeit der Konsumgenossenschaften ergibt, da das eigene Betriebskapital der Mitglieder in einem Jahre durch den erzielten wirtschaftlichen Nutzeffekt voll gedeckt wird. Die Reserven aller Art betragen 63,2 Millionen Mark; sie sind gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 um 1,2 Millionen Mark höher. Die Spareinlagen haben den runden Betrag von 401 Millionen Mark erreicht gegen 388 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1930. Darin zeigt sich, daß die Konsumvereinsmitglieder ihre Warenrückvergütung teilweise der Sparkasse der Genossenschaft überlassen, so daß diese fremdes Geld überhaupt nicht braucht. Man kann ruhig annehmen, daß die 62 Millionen Mark eigenes Betriebskapital der Mitglieder sowie ein großer Teil der Spareinlagen direkt aus den jährlichen Rückvergütungen stammen, womit der sozialwirtschaftliche Charakter der Konsumgenossenschaften in helle Beleuchtung gerückt wird, und

man kann nur wünschen, daß die Verbraucher aller Stände, vor allem Arbeiter, Beamte und Angestellte, aber auch Bauern und Handwerker, in ihrem ureigensten Interesse den Konsumgenossenschaften in noch viel höherem Maße zufließen, als dies gegenwärtig der Fall ist, wo die gesamtdeutsche Konsumvereinsbewegung zwar eine Organisationsziffer von rund 4 Millionen Mitgliederfamilien erreicht hat, aber immer noch um nahezu 2 Millionen hinter der englischen zurücksteht.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hatte als Warenhandels- und Produktionszentrale der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften im zweiten Vierteljahr 1930 einen Gesamtumsatz von 291,1 Millionen Mark (1929: 286,7 Millionen), wovon auf die genossenschaftliche Eigenproduktion rund 32 Millionen Mark (28,7 Millionen Mark) entfallen, was als ein außerordentlich günstiges Verhältnis zu bezeichnen ist. Der Anteil der Warenbezüge der Konsumgenossenschaften von der GEG. im Verhältnis des Gesamtumsatzes derselben betrug rund 39 Proz. gegen 37,2 Proz. im zweiten Vierteljahr 1929.

So kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Unternehmungen der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe trotz der schweren Wirtschaftskrise nicht nur intakt geblieben sind, sondern sich, wenn auch in verlangsamtem Tempo, weiter nach vorwärts entwickelt haben. Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft muß die Parole der Verbraucher sein.

* * *

Ein neuer GEG.-Großbetrieb.

In Oppach, einem Orte von reichlich 3000 Einwohnern, in der Nähe der Städte Löbau und Bautzen, betrieb die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine eine Baumwollweberei, die von einer Produktionsgenossenschaft gegründet worden war und am 1. Januar 1918 in den Besitz der GEG. überging. Es war nur ein kleiner Betrieb mit 90 Webstühlen, der bei weitem nicht den Bedarf der deutschen Konsumgenossenschaften befriedigen konnte. Es lag daher nahe, daß die GEG. darauf bedacht sein mußte, an Stelle dieses veralteten und unzulänglichen Betriebes einen neuen, modernen Betrieb zu errichten. Zu dem Zweck wurde ein 32 000 Quadratmeter großes Gelände in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Oppach erworben. Das eigentliche Webereigebäude ist 131 Meter lang bei einer Tiefe von 20 Meter. Es besteht aus Keller-, Erd-, und drei Obergeschossen sowie zwei Flügelbauten. Um mit dem neuen Betriebe vollständig selbständig zu sein, wurde ihm eine eigene Bleicherei und Färberei angegliedert. Die Ausstattung der Färberei ist so gewählt, daß sich in ihr alle zurzeit bekannten Farben herstellen lassen. Besonders trifft dies auf die neuzeitlichen echten Farben zu. Für den Betrieb der eigenen Färberei ist bedeutender Wasserzufluß erforderlich, ebenso entsprechende Kläranlagen. Für den Wasserzufluß ist eine Teichanlage von 70 Meter Länge und 30 Meter Breite mit einem Fassungsvermögen von rund 3600 Kubikmeter Wasser geschaffen worden. Die Kläranlage von 120 Meter Länge und 12 Meter Breite besteht aus einer komplizierten Abcheidungs-, Ueberpump- und Filteranlage. Sämtliche Bauten sind in modernem Stil gehalten und aus märtischen Klinkersteinen errichtet. Im Webereigebäude, dem Hauptbau der ganzen Anlage, stehen zurzeit 300 Webstühle, außerdem ist noch Platz vorhanden für die Aufstellung weiterer 100 Stühle. Im übrigen sind alle Einrichtungen vorhanden, die dem Weber zur Erleichterung seiner Arbeit dienen.

Für das Wohl der Arbeiter wurde eine Badeanlage geschaffen. Darüber hinaus sind in den Büroräumen zu den Aufenthaltsräumen der Arbeiter mustergültige Waschanlagen bereitgestellt. Für den Aufenthalt der Arbeiter während der Arbeitspausen stehen für Männer und Frauen getrennte Aufenthaltsräume zur Verfügung. Garderobenschränke, in denen jeder Arbeiter seinen Einzelschrank hat, und Räume zur Aufbewahrung von Fahrrädern sind reichlich vorhanden. Mit dieser jetzt in Gang kommenden neuen Weberei ist ein Betrieb geschaffen worden, wie er innerhalb Deutschlands besser und praktischer eingerichtet wohl kaum anzutreffen sein wird. Hergestellt werden in dieser neuen Weberei: Inlette, Bettzeuge, Flanelle, Bettdecke, Matrazendresse, Handtücher, Wischtücher, Betttücher, Haustücher und für später sind in das Fabrikationsprogramm aufgenommen: Stangenleinen, Damast und sämtliche Frottierwaren.

Mit dieser sozialistischen Tat hat die GEG. einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Eigenproduktion von Konsumgütern zurückgelegt. Möge diesem Schritt ein voller Erfolg beschieden sein.

Eine zerbrochene Wertsgemeinschaft.

Seit einigen Jahren spielt in den Reihen der Unternehmer ein gewisser Dr. Schenz, Textilfabrikant in Börrach, eine große Rolle. Er hatte in seinem Betriebe eine Wertsgemeinschaft aufgezogen, die als Muster der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit hingestellt wurde. In vielen Vorträgen hat Dr. Schenz seine Erfolge in die Welt hinausposaunt, wobei er besonders seiner Freude darüber Ausdruck gab, seine Wertsgemeinschaften völlig von den übrigen Berufsgenossen isoliert zu haben. In dem Betriebe von Schenz sollten hohe Löhne bei günstiger Organisation der Arbeit erreicht werden. Ein raffiniertes Rationalisierungssystem wurde durchgeführt. Den Arbeitern von Schenz wurde versprochen, daß bei Arbeitsüberdiensten keine Abzüge erfolgen sollten. Da plötzlich wurde, wie wir dem „Textil-Arbeiter“ entnehmen, an die Arbeiterschaft das Verlangen gestellt, den Lohn um 30 Proz. zu ermäßigen. Das hatte selbst die geduldben Wertsgemeinschaftler in Erregung gebracht, was zur Folge hatte, daß in einer tumultuarisch verlaufenden Betriebsversammlung die Aufhebung der Wertsgemeinschaft beschlossen wurde. Damit war eine Komödie zu Ende, die weit über das Badische Musterland hinaus Beachtung gefunden hatte. Sicher waren es keine neuen Gedanken, die Herr Schenz in die Tat umgesetzt hatte. Er bewegte sich in den alten Gedankengängen der selben Wertsgemeinschaften. Neu war an den Gedankengängen, daß eine mit Hilfe der Rationalisierung durchgeführte Betriebsorganisation mit der alten Idee von der Interessengemeinschaft zwischen dem Arbeiter und dem Werte verbunden wurde und Herr Schenz als Apostel einer neuen Idee in der Welt herumfuhr. Jetzt kann sich Herr Schenz nicht mehr rühmen, seine Arbeiter von den übrigen Berufsgenossen zu isolieren. Die Arbeiterschaft des Schenzschen Betriebes findet offensichtlich wieder vollständig den Weg zum Zusammenschluß mit der übrigen Textilarbeiterschaft. Damit gehört diese Episode der Vergangenheit an.

Innungsdünkel vor 70 Jahren.

Historische Studie¹⁾ von Arno Rapp.

Die Leipziger Buchbinderinnung beanspruchte noch vor wenig Jahrzehnten für sich das Recht, die bedeutendste Innung des Buchbinderhandwerks ganz Deutschlands zu sein. Diese Ueberheblichkeit kam in aller Deutlichkeit zum Ausdruck, als im Jahre 1859 der Waldheimer Meister Franz Liebster nach Leipzig verzog und hier verlangte, in die Innung als Kollege aufgenommen zu werden. Er hatte sich als „Papparbeiter“ in die Messestadt eingeführt und

¹⁾ Leipziger Ratsarchiv, Titel LXIV/345, Fol. 3.

das Bürgerrecht erworben. Die Innung aber lehnte seine Bitte ab, trotzdem er ein Zeugnis seiner Heimatbehörde über sein bisheriges Wohlverhalten und ein solches von der Plauener Buchbinderinnung vorweisen konnte, wo er sein Meisterstück gemacht hatte.

Die Leipziger Buchbinderinnung schreibt an den Rat, daß Leipzig

„infolge seiner Eigenschaft als Metropole des deutschen Buchhandels auch im Buchbindergewerbe auf einen ganz anderen und höheren technischen Standpunkte stehe als Waldheim oder Plauen.“

Von Liebster, ihrem Mitmeister, sagt die Leipziger Innung in ihrem Schreiben an den Rat, daß er als „ein Mann von gänzlich ungenügender Tüchtigkeit in seinem Fache betannt sei“. Er habe im „Bewußtsein seiner mangelhaften Qualifikation“ sich mit zwei Leipziger Meistern zusammengetan, die beide — nachdem die Verbindung mit Liebster wieder aufgehoben war — ihrem ehemaligen Kompagnon der Innung gegenüber schriftlich bestätigten, daß er „nicht die geringste Intelligenz gezeigt, auch als praktischer Arbeiter nicht den bescheidensten Ansprüchen genügt hätte“. Dabei hatte Liebster von 1849 bis 1858 in Waldheim ein gutgehendes Buchbindereigengeschäft besessen. Sein Meisterstück hatte er in Plauen gemacht. In dem hierüber dem Rat zu Leipzig vorgelegten Schreiben heißt es, daß er sein „Stück genau nach Vorschrift und mit Talent ausgeführt habe“. Er hatte eine große „Quartibibel mit Kupferstichen in Gotschmitt, Chagrain-Lederband mit reicher Handvergoldung anzufertigen. Die Zeichnung zum Vergolden hatte vor Beginn den verammelten Innungsmeistern vorgelegen, die streng darauf sahen, daß beim späteren Aufsetzen des Meisterstückes die Vergoldung mit der Zeichnung genau übereinstimmt.“ Als zweites Meisterstück hatte der Meister ein Dresdener Gesangbuch in gleicher Art und Weise wie die Bibel angefertigt. Die Buchbinderinnung der vogtländischen Kreisstadt stellte Liebster das Zeugnis aus, daß sein Meisterstück bei der Prüfung als „gut und tüchtig befunden“ wurde, die Leipziger Innungs-kollegen aber erklärten trotz dieses Zeugnisses den Waldheimer Meister für einen Stümper und verweigerten ihm die Aufnahme. Was sollte der Rat machen? Um dem Innungsstolz seiner Meister entgegenzukommen, verlangte er von Liebster, daß er noch ein „Handlungsbuch“ anzufertigen habe, dann aber in die Innung aufzunehmen sei. Liebster lehnte mit Recht dieses Ansinnen ab; er habe sein Meisterstück gemacht, und das müsse auch den stolzen Leipziger Meistern genügen. Diese aber schrieben an den Rat der Messestadt, daß „sich zur Beweisung von großer Tüchtigkeit im Handwerk das „Handlungsbuch“ am wenigsten eigne, auch sei die Plauener Innung an einem Orte gelegen, welcher sich in bezug auf die Buchbinderprofession mit Leipzig nicht entfernt messen könne, wo das Buchbinderhandwerk eine hohe technische Stufe erlangt habe“.

Die Leipziger Innung bezeichnete die Ausstellung eines Meisterstücks in kleineren Städten als „leere Formsache“, auch seien die in Plauen gefertigten Stücke nicht dazu angetan, „die Tüchtigkeit eines Buchbindermeisters in seinem Fache darzulegen“.

Der Rat beließ es aber bei seiner Resolution, und der Innung fiel es nicht ein, Liebster aufzunehmen. Die Kreisdirektion als nächste Instanz entschied im Sinne des Magistrats, denn Liebster habe bei Fertigung seines Stückes durchaus den gesetzlichen Vorschriften Genüge geleistet. Jede Innung innerhalb Deutschlands sei verpflichtet, einen Meister, der sein Probestück gemacht und bestanden habe, als Innungs-genossen aufzunehmen. Die Leipziger Meister aber wurden deshalb mit ihrem Ansinnen abgewiesen. Aber auch jetzt noch nicht beruhigten sie sich bei diesem Entscheid. Sie wandten sich am 20. Oktober 1860 an das sächsische Ministerium. Auch Liebster ging diesen Weg und verlangte, daß ihm jedes weitere Probestück erlassen werden müsse. Er sei Meister seit einem Jahrzehnt und müsse auch von der Leipziger Innung als solcher anerkannt und aufgenommen werden. Uebrigens kümmere sich das tausende Publikum keineswegs mehr um veraltete Innungsprivilegien, sondern es bevorzuge lediglich die „tüchtigen“ Meister. Das Ministerium trat auf Seiten des Meisters und wies die Innung am 1. Mai 1860 mit ihrem Verlangen ab. Die kurze Zeit darauf folgende Gewerbebefreiungsnovelle räumte endlich mit diesen alten Privilegien auf.

Die Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder u. verwandten Geschäftszweige

hat das 1. Halbjahr 1930 mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Abteilung Krankenkasse:	
Beitragseinnahme in Abt. B	207 775,00 Mt.
Beitragseinnahme in Abt. A	133 010,90 "
Beiträge nach § 8 Abs. 18	1 468,00 "
Beiträge nach § 14 Abs. 3	30 487,40 "
Beiträge nach § 24 Abs. 18	2 437,40 "
Kapitalerträge	11 125,93 "
Eintrittsgelder	209,00 "
Sonstige Einnahmen	285,15 "
Summe	386 798,78 Mt.
Bestand von 1929	355 117,42 "
Gesamtsumme	741 916,20 Mt.
Leistungen in Abt. B	178 742,42 Mt.
Leistungen in Abt. A	130 177,96 "
Persönliche Verwaltung	31 449,43 "
Sächsische Verwaltung	8 637,88 "
An den Invalidenfonds	30 487,40 "
An den G.-F.-Fonds	2 437,40 "
Sonstige Ausgaben	88,41 "
Summe	382 020,90 Mt.
Vortrag auf 3. Quartal 1930	359 895,30 "
Gesamtsumme	741 916,20 Mt.

Abteilung Sterbekasse:	
Beitragseinnahme usw.	24 718,50 Mt.
Kapitalerträge	10 159,94 "
Summe	34 878,44 Mt.
Bestand von 1929	252 918,90 "
Gesamtsumme	287 797,34 Mt.
Leistungen	11 328,00 Mt.
Verwaltungskosten usw.	2 626,25 "
Summe	13 954,25 Mt.
Bestand vom 30. Juni 1930	273 843,09 "
Gesamtsumme	287 797,34 Mt.

Abteilung Invalidenkasse:	
Beiträge nach § 14 Abs. 3	30 487,40 Mt.
Kapitalerträge	1 974,25 "
Summe	32 461,65 Mt.
Bestand von 1929	29 098,15 "
Gesamtsumme	61 559,80 Mt.
Invalidentunterstützung	25 037,50 Mt.
Druckfachen	20,50 "
Summe	25 058,00 Mt.
Bestand vom 30. Juni 1930	36 501,80 "
Gesamtsumme	61 559,80 Mt.

Generalversammlungsfonds:	
Beiträge nach § 24 Abs. 18	2 437,40 Mt.
Kapitalerträge	7,50 "
Summe	2 444,90 Mt.
Bestand von 1929	5 471,61 "
Gesamtsumme	7 916,51 Mt.
Revisionen in Zweigstellen	288,00 Mt.
Summe	288,00 Mt.
Bestand vom 30. Juni 1930	7 628,51 "
Gesamtsumme	7 916,51 Mt.

Von der Gesamteinnahme der Krankenkasse wurden verwendet: für Leistungen 79,87 Proz. (unter Berücksichtigung der den invaliden Kollegen zugeführten Beträge 86,33 Proz.), für persönliche Verwaltungskosten 8,13 Proz., für sächsische Verwaltungskosten 2,23 Proz., für Ueberweisung an den Invalidenfonds 7,89 Proz., für Ueberweisung an den Generalversammlungsfonds 0,63 Proz., für Ueberweisung an den Reservefonds 1,23 Proz. und für sonstige Ausgaben 0,02 Proz.

Von der reinen Beitragseinnahme wurden in der Abteilung B 86,02 Proz. für Leistungen ausgeben, während in der Abteilung A 97,87 Proz. in Frage gekommen sind. — Das erste Halbjahr des Vorjahres mußte, ohne Berücksichtigung der erforderlichen Rücklage, mit einem Defizit von 17 186,07 Mt. abgeschlossen werden. Am Schlusse des Jahres war

es trotzdem möglich, dem Rücklagefonds insgesamt 60 441,31 Mt. überweisen zu können. Das erste Halbjahr 1930 gefattete es, dem Reservefonds 4 777,88 Mt. zuzuführen zu können. Dafür sind aber die Aussichten, das zweite Halbjahr ähnlich günstig wie im Vorjahr abschließen zu können, infolge des anhaltend schlechten Geschäftsganges um so fragwürdiger.

In der Sterbekasse wurden von der Gesamteinnahme verwendet: für Leistungen 32,48 Proz., für Verwaltungskosten usw. 7,52 Proz. und dem Rücklagefonds zugeführt 60,00 Proz.

In der Invalidenkasse erforderten die Leistungen eine Ausgabe in Höhe von 77,12 Proz. der Gesamteinnahme; für Druckfachen mußten 0,08 Proz. verwendet werden, so daß dem Reservefonds 22,80 Proz. zugeführt werden konnten.

Die Barvermögensbestände bezifferten sich am Schlusse des ersten Halbjahres wie folgt:

Krankenkasse	359 895,30 Mt.
Sterbekasse	273 843,09 "
Invalidenkasse	36 501,80 "
G.-V.-Fonds	7 628,51 "
Summe	677 868,70 Mt.

Wie der Preis entsteht.

Die Preisbildungsaktion scheint im Sande zu verlaufen; nennenswerte Resultate sind bisher jedenfalls nicht eingetreten. Die Fabrikanten und Händler behaupten, daß sie von sich aus schon längst zur Preisermäßigung beigetragen hätten. Von alledem merkt der Verbraucher herzlich wenig. In einer Eingabe an den Reichsernährungsminister behauptet die Schutzgemeinschaft der Großbetriebe des Einzelhandels, daß bei 38 Artikeln der Lebensmittelgruppe vom 1. Oktober 1929 bis 1. Juli 1930 eine Preisentwertung von 9 Proz. eingetreten sei. Es mag hier und da zutreffen, daß etwas billiger geworden ist, jedoch ist es bemerkenswert, daß die Indeziffern sowohl der Großhandelspreise als auch der Lebenshaltungskosten eine Preisentwertung nicht erkennen lassen. In einer anderen Denkschrift, die der Drogistenverband herausgegeben hat, wird die Preisbildung bei einem typischen Markenartikel, und zwar Zahnpasta, mitgeteilt. Der Preis setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen:

1. Materialwert einer Tube:
 - a) leere Tube 3,9 Pf.
 - b) Zahnpastmasse 8,75 "
 - c) Verpackung usw. 3,45 " 16,1 Pf.
2. Bruttoerdbienst des Fabrikanten:
 - a) Herstellung 3,7 "
 - b) 25 Proz. Untkosten 12,5 "
 - c) Nettoerdbienst 17,7 " 33,9 "
3. Großhandelsrabatt 15,0 "
4. Einzelhandelsrabatt 35,0 "

Verbraucherpreis 100,0 Pf.

Hieraus ist ersichtlich, daß die eigentliche Zahnpastmasse an Materialwert ungefähr den zwölften Teil des Verbraucherpreises ausmacht. Die Herstellung verursacht einen Kostensatz von 3,7 Pf. Wenn schon der Nettonutzen des Fabrikanten äußerst groß ist, dann wird er noch in den Schatten gestellt durch den Nutzen, den der Groß- und der Einzelhandel hat. Wenn die Tube Zahnpasta 1 Mark kostet, dann entfällt von diesem Preis die Hälfte auf die Händlerzuschläge. Der Großhandel bekommt für seine Vermittlung vom Fabrikanten zum Händler 15 Proz., und der Einzelhandel bekommt dafür, daß er die Tube Zahnpasta über den Ladentisch reicht, 35 Pf. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was die Zahnpastmasse, die Tube und die Verpackung an Kosten verursacht hat. Man erfieht hieraus, wie rücksichtslos der Verbraucher geschöpft wird.



Ausgestoßen.

Von Eugen I. Schirifow.

(S. Fortsetzung.)

Der Tod des Freundes machte auf Mitka einen starken Eindruck, besonders als er erfuhr, daß Kalinski „ausgeweidet“ werden würde. Nachts konnte er nicht einschlafen. Er fürchtete sich, das leere Bett zu betrachten, auf dem er noch vor wenigen Stunden mit dem „Herrn“ Karten gespielt hatte. Die Nacht war hell, weiß. Silbern leuchtete der Mond über das Dach des Doktorflügels herüber und blickte aufmerksam und unverwandt durch ein Fenster in den Krankenfaal, gerade als ob er hören wollte, wie furchsam Mitkas Herz schlägt. Durch ein anderes Fenster konnte man die massive Wand der Leichenkammer sehen. Mitka hütete sich dorthin zu blicken, aber schon der Umstand allein, daß man durch das Fenster diesen schrecklichen Ort sehen konnte, veranlaßte Mitka, seinen Kopf unter die Decke zu stecken.

Er will nicht an den „Herrn“ denken, und dennoch steht er unablässig vor seinem Geiste. Da ist er — groß, mager, mit gedunsenem Gesicht, trüben Augen, stachligem Kinn. Der Adamsapfel tritt stark hervor. Mitka kommen die letzten Tage in den Sinn: heute morgen haben sie noch Karten gespielt, gestern haben sie vom Paradies gesprochen. Ja gestern. Sie gingen im Garten spazieren, und der „Herr“ behauptete, auch die Schweine hätten eine Seele. Mitka glaubt deutlich die bekannte rauhe, heisere Stimme zu hören. Und dann erinnert er sich an die vor kurzem stattgehabte Szene, wie der „Herr“ ihn an sich gerissen, wie man den „Herrn“ auf der Tragbahre in den Krankenfaal gebracht, wie er geschnarcht hat.

Wenn doch die Nacht erst vorüber wäre! denkt Mitka, sich unter der Decke zusammenkrümmend.

Ihm ist unerträglich heiß, aber dennoch fürchtet er sich, den Kopf herauszustrecken — und die Nacht will gar kein Ende nehmen! Der silberne Mond blickt schon durch das andere Fenster. Einer der Kranken beginnt zu husten, sich zu rühren. Gott sei Dank! Mitka ist so froh, daß sich in seiner Nähe wenigstens ein Mensch befindet, der ebenfalls nicht schläft. Jetzt ist es nicht mehr so schrecklich. Mit einmal wird ihm leicht ums Herz. Jetzt kann er auch den Kopf herausstrecken.

Mitkas geschorener Kopf kommt unter der Decke zum Vorschein.

„Miß! So heiß und bekloppen! Du kannst auch nicht schlafen?“ fragt er im Flüsterston den aufgewachten Kranken.

„Nein, mein Jungchen.“

Was ist denn hier überhaupt so Schreckliches?! denkt Mitka. Gar keine Ursache, den „Herrn“ zu fürchten: er ist tot, er bewegt sich nicht mehr, kann nicht hierher kommen.

Erst als der silberne Mond nicht mehr durch das Fenster blickte, und statt seiner ein schwacher Schimmer den andredhenden Morgen verkündete, schlief Mitka ein.

* * *

Das Leben ging seinen Weg

Bald hatte sich Mitka mit dem Tode des „Herrn“ abgefunden. Die Karten hatte sein Freund ihm zu nehmen vergessen. Zu den Karten suchte jetzt Mitka einen neuen Partner.

Der August verging. Heitere Tage wechselten mit langweiligen, beharrlichem Regenerwetter. Endlos fiel der Regen, der Himmel war grau und trübe; traurig begannen sich in der Luft die gelb gewordenen Blätter der Pappeln zu drehen.

Die großen Fenster des Krankenhauses schienen kleiner zu werden, ihre Scheiben waren ständig kelaufen, so daß es in den Krankensälen dunkel, trübe und unfreundlich ausah.

Auch Onkel Iwan war mürrisch und verdrossen, wenn er aus dem Garten in den Krankenfaal kam

und, das Wasser von seiner Mütze schüttelnd und die Stirn runzelnd, sagte:

„Solch ein verfluchter Regen!“

Mitka ging nicht mehr in den Garten, in dem jetzt nur noch die Hunde umherstolzen und das Schwein des Arztes sich herumwälzte.

An einem trüben Morgen kam der Feldscher in den Krankenfaal, untersuchte einige Kranke — unter ihnen auch Mitka — und sagte beim Fortgehen zu Petrucha:

„Diese drei zur Entlassung!“

Zur Entlassung! Das bedeutete also fort aus dem Krankenhaus?

Lange saß Mitka auf seinem Bett und zerrte mechanisch an den Bändern des Kissenzuges. Petrucha kam und begann, zwischen den Betten umhergehend, auf den schwarzen Täfelchen die Aufschriften abzulesen und die Krankenberichte herunterzunehmen.

„Na, Mitka, habe ich dir richtig prophezeit?“ warf Petrucha grob hin, während er die Tafel über Mitkas Bett ablöschte. „Hast wohl keine Lust? Bist verwöhnt?“

Mitka schwieg. Aber als Petrucha den Krankenfaal verließ, lief er ebenfalls hinaus und wendete sich im Korridor eiligst nach dem Zimmer Onkel Iwans.

„Onkel Iwan!“

„Was ist denn los?“

„Kann man mich von hier fortjücken?“ fragte Mitka leise.

„Wie? Wer sagte?“

„Der Feldscher war bei uns, sagte — entlassen!“

Onkel Iwan seufzte und trakte sich hinterm Ohr.

„Wird schon so sein. Nichts zu machen!“

„Ich möchte aber noch gern ein bißchen hier bleiben!“ sagte Mitka, beinahe weinend.

„Ach! Ich habe hier nichts zu sagen, mein Jungchen. Was bin ich? Ich natürlich würde schon . . .“

„Bitte doch!“

„Wird man auf mich hören?! Darf ich auch gar nicht. So ist schon mal die Vorschrift.“

„Ich würde dir helfen . . . würde die Stuben fegen . . . scheuern . . . Ich . . .“

Onkel Iwan schmagte nur mit den Lippen und seufzte.

„Mitka! Wo steckst du denn zum Teufel! Komm mit!“ erklang plötzlich die Stimme Petruchas, der den Kopf durch die Tür steckte.

Mitka drehte sich zur Wand um und rührte sich nicht.

„Nun? Wird's bald?“ rief Petrucha wieder.

Mitka schwieg und rührte sich nicht.

„Na, hörst du nicht?“

Onkel Iwan seufzte wieder, trakte sich hinterm Ohr und machte sich an der Wanne zu schaffen, obwohl dazu gar keine Notwendigkeit vorlag.

Petrucha trat ins Zimmer, nahm Mitka an der Hand und schleppte ihn fort.

Mitka begann zu heulen, sich zu sträuben.

„Da hast du! Für's Boden! Dal.. Dal.. schrie Petrucha böse und stieß Mitka mit dem Kniz ins Kreuz.“

Mitka stog aus dem Zimmer. Petrucha schleppte ihn den Korridor entlang. Aus den Türen der Krankensäle traten die Kranken und folgten traurig mit den Augen dem weinenden Mitka.

„Wohin mit ihm?“ fragte einer der Wärter.

„In die Kleiderkammer . . . wird entlassen!“



Sie gingen den Hauptkorridor entlang und wendeten sich nach links, stiegen über eine steinerne Treppe in die untere Etage und gingen dann wieder in einen halbdunklen, kalten Seitentorridor. Mitka konnte kaum mit Petrucha Schritt halten und hüpfte neben ihm her, indem er fortfuhr, leise zu schluchzen.

Endlich kamen sie zur Kleiderkammer. Am Ende des Seitentorridors zeigte sich links ein vergittertes Fenster, rechts eine schwarze Tür. Es roch nach Feuchtigkeit, Moder, ringsherum war es öde und traurig wie in einem Grabgewölbe.

„Warte hier!“ befahl Petrucha, während er die Tür öffnete, welche sich kreischend in den rostigen Angeln drehte.

„Die Sachen für Nr. 16, Ew. Wohlgeboren! Zur Entlassung!“

„Mann oder Frau?“

„Knabe.“

Dieses Gespräch klang von irgendwoher, wie aus der Erde heraus, durch die offene Tür: Mitka hörte Schritte. Dann wurde irgendwo eine Tür aufgeschlagen, dann eine zweite, eine dritte.

Ringsherum war es still, totenstill.

Der Aufseher der Kleiderkammer, ein Greis mit zitternden Händen und zahnlösen Riefen, suchte brummend die Sachen von Nr. 16, hustete, schimpfte, schneuzte sich, nieste und schlug mit den Türen der Schränke.

„Nr. 16 sind Frauensachen! Du hast wieder irgendeine Konfusion gemacht“, meckerte er schließlich.

„Durchaus nicht, Ew. Wohlgeboren! . . . Nr. 16 . . . ganz richtig.“

„Aus welcher Abteilung?“

„Aus der dritten. Zuerst lag er in der zweiten, dann wurde er nach der dritten verlegt.“

„Na, da haben wir's ja . . . Schafstropf! . . . Unter welcher Nummer war er in der zweiten Abteilung?“

„Sofort. Ew. Wohlgeboren . . . einen Augenblick“, sagte Petrucha schuldbehaftet, mit unterwürfigem Lächeln und lief fort, sich erkundigen.

„Bleib hier still sitzen! Rühr' dich nicht, sonst . . .“ flüsterete er Mitka zu, als er an ihm vorbeikam.

Hell klangen die Schritte des Wärters in den langen steinernen Korridoren. Das Echo gab sie verdoppelt zurück, so daß es schien, als ob Petrucha laufe. Aber schließlich verhallten die Schritte und wieder herrschte Totenstille.

Mitka wurde es plötzlich bange. Wieder kam ihm die Erinnerung an Kalinski — und ein Frösteln lief ihm wie Ameisen über den Rücken. Irgendwo schlug eine Tür zu, und Mitka sprang vom Fensterbrett herunter und stürzte entsetzt in die Kleiderkammer.

Aus der Tiefe des weiten Raumes schaute der Aufseher, die Augen zusammenkneifend, scharf nach Mitka hin. (Schluß folgt.)

Unabkömmlich!

Jeder Bürger der Vereinigten Staaten kann Präsident werden. Darauf sind die Amerikaner nicht wenig stolz.

Neulich legte man einem Polen, der sich naturalisieren lassen wollte, folgende Fragen vor, um zu sehen, ob seine Intelligenz zur Erwerbung amerikanischer Staatsbürgerschaft ausreichte:

„Wer ist jetzt amerikanischer Präsident?“

„Hoover.“

„Wer war der vorige Präsident?“

„Coolidge.“

„Könnten Sie auch Präsident werden?“

„Nein!“

„Wie? Warum könnten denn Sie das nicht?“

„Ich bin Kohlenträger und wir haben in unserm Geschäft immer viel zu tun, als daß ich da abkömmlich wäre.“



Der Verbandsbeitrag.

Der Beitrag sei zu hoch. So hört man oft Die Sanderer und Zweifler bitter klagen; Man spricht von Nahrungs- und von Kleider-teuerung,

Don hohen Steuern und von teurer Feurung, Kurz, daß es schwer sei, sich noch durchzuschlagen.

Ich gebe gerne zu: Es ist nicht leicht, Sich und die Seinen durch das teure Leben hindurchzubringen. Ganz gewaltig steigt Der Wucher in die Höhe. Doch man schweigt Und fügt sich dann, wenn auch mit Widerstreben.

Doch daraus wäre die Moral zu ziehen. Sie heißt: Geschohen wird der Arbeit Sohn Don dem Verkäufer. Und er zahlt das Plus, Weil er nicht anders kann, weil er es muß, Und sucht den Ausweg dann in höherem Lohn.

Hier liegt der Haken. Um den höheren Lohn Sich zu verschaffen, muß geeinte Kraft Beim Werke sein. Die Organisation Verbürgt alle in Verbesserung im Lohn, Nur sie allein ist's, die den Ausweg schafft!

Und dieses Faktum muß zu denken geben. Wer im Verband die Waffe hat erkannt, Die ihm den nötigen Teuerungsausgleich bringt, Und wenn es geht, noch mehr für ihn erringt, Der fürke seine Waffe, den Verband!

Und dazu ist in erster Linie nötig, Daß man den Beitrag zahlt. Wer Krieg will führen

Und seinen Gegner schlagen will im Feld, Benötigt dazu Geld und nochmals Geld — Hat er es nicht, muß er den Kampf verlieren!

Drum saget nie, der Beitrag sei zu hoch. Wer ihn nicht zahlt, der baut auf losem Sand. Der Beitrag lindert eure Daseinsleiden, Er schafft euch auch bescheidene Lebensfreuden — Drum gebt ihn froh und willig dem Verband!

Taeft.

Die Heilfürsorge in der Invalidenversicherung.

Neben ihrer eigentlichen Aufgabe der Rentengewährung für invalide Arbeitskräfte und deren Hinterbliebene sind die Träger der Invalidenversicherung in immer steigendem Maße Gesundheitsfürsorgerisch tätig. Diese Tätigkeit besteht nicht nur in der Anwendung und Gewährung von Heilmassnahmen für einzelne Versicherte, die Landesversicherungsanstalten geben darüber hinaus noch jährlich große Summen für die allgemeine Gesundheitsfürsorge aus. Die Gesamtkosten der Gesundheitsfürsorge betragen zum Beispiel im Jahre 1928 insgesamt

101 Millionen Mark. Im Jahre 1913 wurden für den gleichen Zweck nur 41,4 Millionen Mark ausgegeben.

Besonderes Interesse verdienen die durchgeführten Heilverfahren. Die Invalidenversicherung führte im Jahre 1928 insgesamt 371 844 Heilverfahren durch. Diese erforderten einen Gesamtaufwand von 72 105 703 Mk. Rechnet man von diesen Kosten 21 833 119 Mk. ab, die der Invalidenversicherung von anderen Stellen (Krankentassen, Gemeinden usw.) erstattet worden sind, dann verbleibt für die Versicherung immer noch eine Ausgabe für Heilverfahren von rund 50 Millionen Mark. Zu erwähnen ist, daß sich in der Zahl der Heilverfahren 45 018 Heilbehandlungsfälle von Tuberkulose und Lupus und 18 131 Fälle von Geschlechtskrankheiten befanden. Im Jahre zuvor betrug die Zahl der behandelten Geschlechtskranken 13 497. Die Zunahme der Fälle wird von der Versicherung auf die Auswirkung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zurückgeführt, durch das eine bessere Erfassung der Krankheitsfälle möglich war.

Die ständige Heilbehandlung Versicherter wird von den Versicherungsträgern meist in eigenen Anstalten durchgeführt. Die erste eigene Heilstätte der Invalidenversicherung wurde im Jahre 1895 eröffnet. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der eigenen Anstalten 114 mit 15 513 Betten. Diese immerhin große Zahl der Eigenbetriebe reicht jedoch immer noch nicht aus. Es mußten im Berichtsjahre noch 1981 fremde Heilanstalten benutzt werden. In den eigenen Heilstätten wurden im Jahre 1928 zusammen 98 245 Personen verpflegt, in den fremden Anstalten 79 011 Personen. Hierzu kommt noch die Unterbringung von 40 628 Personen in 18 Walderholungsstätten. Bei den eingerichteten Beratungsstellen für Geschlechtskranke wurden 109 312 Personen gemeldet. Hierunter befanden sich 31 000 Selbstmelder. Im Rahmen der Heilverfahren wird weiter auch Zahnbehandlung gewährt. Es kommt hier meist die Lieferung oder Bezuschussung von Zahnersatz in Betracht. Aufgewendet wurde hier für rund 217 000 Personen 12,5 Millionen Mark.

Groß sind auch die Aufwendungen für allgemeine Maßnahmen. Diese betragen für das Berichtsjahr rund 18,13 Millionen Mk. Diese Summe verteilt sich auf Aufwendungen zur Bekämpfung der Tuberkulose durch Errichtung von Heilstätten, Walderholungsstätten, Fürsorgestellen usw. 9 700 000 Mark; Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs 161 000 Mk.; Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 1 931 000 Mk.; Bekämpfung von Lupus und Krebskrankheiten 38 241 Mk.; Kinderfürsorge 3 310 000 Mk.; Gemeindefrankenpflege 1 469 947 Mk. Die Ausgaben für diese allgemeine Fürsorge steigen ständig. Im Jahre 1913 wurden hierfür rund 1,3 Millionen ausgegeben, im Jahre 1927 rund 13,6 Millionen.

Außer diesen Fürsorgemaßnahmen legen die Landesversicherungsanstalten auch vielfach noch ihr Vermögen gemeinnützig an. Ende 1914 betrug das Gesamtvermögen der Versicherungs-

träger rund 2,2 Milliarden Mark. Seit Einführung der festen Währung (Januar 1924) haben die Anstalten folgende Summen zu gemeinnützigen Zwecken ausgeliehen. Zum Bau von Arbeiterwohnungen an gemeinnützige Bauvereine, Genossenschaften, Gemeindeverbände, Sparkassen oder unter Umständen auch an einzelne Arbeitnehmer wurden im ganzen bis Jahreschluß 1928 210,3 Millionen Mark ausgegeben. Bis zu dem gleichen Zeitpunkt wurden zum Bau von Ledigenheimen 2,7 Millionen Mk. ausgeliehen. Weiter wurden 84 Millionen Mk. zum Bau von Krankenhäusern, Sickenhäusern, Genesungsheimen, Volksbädern und für sonstige Zwecke zur Hebung der Volksgesundheit als Darlehen gegeben.

Aus diesen Angaben läßt sich erkennen, welcher wichtiger Faktor die Invalidenversicherung für unsere Volksgesundheit ist. Die Versicherungsanstalten sind neben den Krankentassen mit die einzigen Einrichtungen, die wirklich praktisch — und nicht nur durch Aufklärung und Worte — für die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Volksgesundheit eintreten.

Unzureichende Versorgung der Angehörigen als Ablehnungsgrund einer Arbeit?

Paragraph 90 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestimmt, daß das Arbeitsamt dem Arbeitslosen die Unterstützung auf die Dauer von vier Wochen sperren kann, wenn er eine ihm angebotene Arbeit ohne berechtigten Grund ablehnt. Voraussetzung für die Verhängung der Unterstützungssperre ist in jedem Falle, daß der Arbeitslose auf die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist, die aus der Ablehnung der angebotenen Arbeit entstehen können. Die berechtigten Gründe, bei deren Vorliegen der Arbeitslose eine Arbeit ablehnen kann, ohne daß ihm Nachteile (Verhängung einer Sperrfrist) entstehen können, sind im § 90 erschöpfend aufgezählt. So heißt es u. a.: „Ein berechtigter Grund liegt nur vor, wenn die Versorgung der Angehörigen (des Arbeitslosen) nicht hinreichend gesichert ist.“ Dieser Ablehnungsgrund, seine Auslegung und Anwendung gibt in der Praxis zu mancherlei Zweifeln Anlaß.

Was unter dem Begriff der Angehörigen zu verstehen und wie weit der Kreis zu ziehen ist, ist im § 103 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes festgelegt. Es sind hierunter solche Angehörigen zu verstehen, die einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gegen den Arbeitslosen haben oder im Falle seiner Leistungsfähigkeit haben würden. Bekommt ein Arbeitsloser eine Arbeit zugewiesen, dann kann er diese auf Grund des § 90 ablehnen, falls die Versorgung der Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist. Zu der Versorgung rechnet nun nicht nur Essen, Trinken, Kleidung und Wohnung, sondern auch alle sonstigen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 5. Dezember 1928 umfaßt die Versorgung der Angehörigen im Sinne des § 90 auch die Wartung und Pflege erkrankter Angehöriger. Ob diese Wartung durch den Arbeitslosen per-

fönllich notwendig ist, ist eine Frage des Einzel-falles.

Eine Entscheidung des Reichsversicherungs-amtes vom 5. Dezember 1928, die sich ebenfalls mit dieser Frage befaßt, besagt:

„Hinreichende Sicherung der Versorgung der An-gehörigen ist nicht dahin zu verstehen, daß der Arbeitslose eine angebotene Arbeit schlechthin schon deshalb unter allen Umständen verweigern könne, weil sie ihm nicht den Lohn in bisheriger Höhe abwirft. Andererseits ist er aber auch nicht schlechthin unter allen Umständen gezwungen, die Arbeit anzunehmen, wenn sie ihm nur den notwendigen Unterhalt für sich und seine Angehörigen sichert. Der Begriff „hinreichende Sicherung der Versorgung der Angehörigen“ liegt vielmehr in der Mitte zwischen diesen beiden Gegensätzen.“

Zwei weitere Entscheidungen gehen von dem Standpunkt aus, daß ein Ablehnungsgrund wegen nicht ausreichender Versorgung auch dann gegeben sein kann, wenn die angebotene Arbeit am Wohnort des Arbeitslosen auszu-führen ist. Eine nicht hinreichende Versorgung der Angehörigen kann sowohl eintreten, wenn der Arbeitslose die Familie in einen aus-wärtigen Beschäftigungsort mitnimmt, als auch, wenn er sie am bisherigen Wohnort zurückläßt. Die Vermittlung eines Arbeitslosen nach einem auswärtigen Ort braucht infolge der mangelnden Sicherung der Versorgung der Angehörigen durchaus nicht immer ausgeschlossen zu sein. So ist es beispielsweise möglich, daß das Ar-beitsamt bei einer solchen Vermittlung die Familienzuschläge auf Grund des § 133 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes während der Dauer dieses Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise fortgewährt. Der § 133 bestimmt:

„Solange bei der Annahme von Arbeit außer-halb des Wohnortes des Arbeitslosen die Ueber-siedlung zuzuschlagsberechtigter Angehöriger nicht möglich ist, kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Familienzuschläge während der Dauer des Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise fort-gewähren.“

In einem bekannten Kommentar (Weigert) zu dem Gesetz heißt es allerdings zu diesem Paragraphen:

„Ein solcher Zuschlag ist ungewöhnlich und auch nicht unbedeutlich. Er darf deshalb nur in solchen Fällen gezahlt werden, in denen ohne ihn die Auf-nahme der ortsfremden Arbeit scheitern würde, weil der Arbeitslose nicht so viel durch sie ver-dient, daß er für sich und seine Familienmitglieder bei getrenntem Haushalt ausreichend sorgen kann.“

Zum Schluß sei noch eine Entscheidung er-wähnt, die heute im Zeichen der Wohnungsnot von großer Bedeutung ist. Diese Entscheidung vom 26. Juni 1928 hat folgenden Rechtsatz auf-gestellt:

„Hat der Arbeitslose seine Stelle aufgegeben, weil er sich verheiratet hat und bei dem Arbeit-geber, der ihn bisher vertraglich untergebracht hat, eine Wohnung für die Familie nicht erhalten kann, sondern sich eine solche an einem anderen Ort als seinem bisherigen Wohnort beschaffen muß, so ist ein berechtigter Grund nach § 93 und § 90 ge-geben.“

Rf.—s.

Die Kriegsofopferversorgung in Gefahr.

Die Reichsregierung beabsichtigt, im Rahmen ihres allgemeinen Finanzprogramms auch die Versorgung der Kriegsofopfer erheblich anzu-greifen. Vom Reichsrat wurden bereits zwei Gesetzentwürfe zur Abänderung des Reichs-versorgungsgesetzes und des Ver-fahrensgesetzes verabschiedet. Diese Ge-

setzentwürfe enthalten, entgegen der Erklä-rung der Regierungsparteien bei Verabschie-dung der 5. Novelle zum RVG. vom 15. De-zember 1927, die feststellte, daß eine weitere Verbesserung des RVG. erforderlich sei, wesentliche Verschlechterungen des bisher geltenden Rechts.

Die Annahme der vom Reichsrat verab-schiedeten Gesetzentwürfe durch den Reichstag vorausgesetzt, wird beispielsweise das bisher geltende Recht der Kriegsbeschädigten auf Heil-behandlung bei Dienstbeschädigungsleiden und die Gewährung von Kranken- bzw. Hausgeld beschränkt auf die sachungsmäßigen Leistungen der Krankenversicherung. Für neu auftretende und für Verschlimmerung bestehender Dienst-beschädigungsleiden, für die eine Rente bisher nicht bezogen wurde, wird künftig ein Rechts-ananspruch auf Versorgung nicht mehr bestehen. Das Verwaltungs- und Rechtsmittelverfahren in Versorgungsangelegenheiten wird derart ein-gechränkt und den Verwaltungsinstanzen sowie den Spruchkammervorsitzenden eine solche Fülle

amtenpensionen sollen auf die Kriegsbeschä-digten- und Kriegerhinterbliebenenrenten An-rechnung finden.

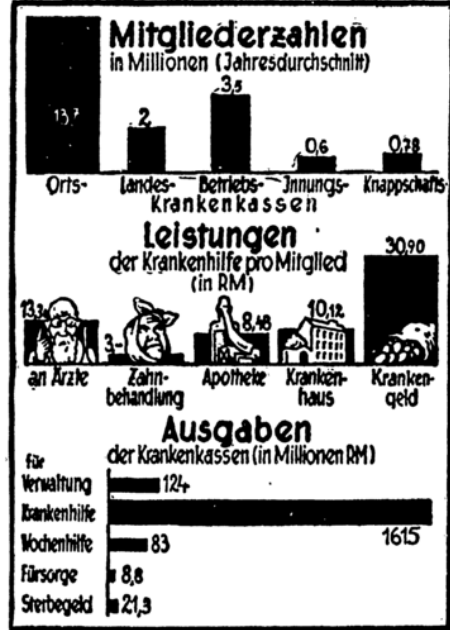
Gegen derartige tief einschneidende Maß-nahmen erhob der Reichsbund der Kriegsbe-schädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinter-bliebenen schärfsten Protest. In mehreren Ein-gaben an die Reichsregierung und an den Reichstag und durch seinen in Mainz stattge-fundenen 5. Reichsbundestag hat der Bundes-vorstand dieser Organisation zu den vorliegen-den Gesetzentwürfen und den erwähnten Plänen der Reichsregierung eine bei aller ge-botenen Sachlichkeit doch sehr scharfe Kritik geübt. Auch der beim Reichsarbeitsministerium bestehende Reichsausschuß für Kriegsbeschä-digten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge konnte sich dieser sachlichen Kritik nicht ver-schließen. Unter Zustimmung sämtlicher Ver-treter der amtlichen Hauptfürsorgestellen wur-den Entschlüsse angenommen, die sich gegen die schlimmsten Verschlechterungen des bisher geltenden Versorgungsrechts richteten.

Entgegen der in der Öffentlichkeit weit ver-breiteten Auffassung, daß die Zahl der Kriegs-beschädigten nach mehr als zehn Jahren nach Beendigung des Krieges abnehmen müsse, hat sich die Zahl der Kriegsbeschädigten von 736 000 im Oktober 1928 auf 838 000 am 31. März 1930 vermehrt. Diese Steigerung erklärt sich dar-aus, daß mehr als 13 Millionen Männer zum Heeresdienst eingezogen waren, von denen mehr als 4½ Millionen Kriegsverwundungen erlitten. Die ungeheuren Strapazen und die Kriegsver-wundungen beeinflussen den Gesundheitszustand der ehemaligen Kriegsteilnehmer, besonders bei zunehmendem Alter, in ungünstigster Weise. In-folge dessen sind noch Tausende gezwungen gewesen, ihre Versorgungsansprüche geltend zu machen.

Die soziale Lage des größten Teils der Kriegsofopfer ist in Anbetracht der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftslage als katastrophal zu bezeichnen. Mehr als 300 000 Kriegsbeschä-digte beziehen eine monatliche Rente von durchschnittlich 22,25 Mk. Zehntausende von Kriegsbeschädigten, die um 30 und 40 Proz. in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind, füllen seit Monaten das Heer der Erwerbslosen. Eine erhebliche Anzahl von Schwerbeschädigten ist überhaupt nicht mehr im Erwerbsleben unter-zubringen. Tausende von alleinstehenden Kriegerwitwen fristen ein kümmerliches Dasein. Eine Kriegermutter erhält für den gefallenen Sohn, der ihr im Alter eine Stütze sein sollte, den Betrag von durchschnittlich 22,25 Mk. im Monat. Daß daran nicht gespart werden kann und nicht gespart werden darf, wird jedem Einsichtigen erkennbar sein.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten ist nach sachlichster Prüfung der Vorlagen der Auf-fassung, daß die Gesetzentwürfe in ihrer materiellen Auswirkung keine wesentlichen Er-sparnisse bringen, sondern nur zu einer Ver-schiebung der Ausgabenposten innerhalb des Reichshaushaltsplans und in der Verteilung der Ausgabenlast zwischen Reich, Ländern und Kommunen führen werden. Was im Ver-sonderungsetat eingespart würde, wird durch umfangreiche Fürsorgeleistungen erneut in Erscheinung treten. Deshalb richtete die größte Kriegsofopferorganisation an die Öffentlichkeit den dringenden Appell, von einer Einschränkung der Kriegsofopferversorgung Ab-stand zu nehmen und eine Reform des Reichs-versorgungsgesetzes und des Verfahrens-gesetzes mit dem Ziel einer Verbesserung und Ausge-staltung des Versorgungsrechts mit ruhiger Ueberlegung und ungehindert von finanzpoli-tischen Augenblickserwägungen in Angriff zu nehmen.

Die Krankenkassen 1928



von selbständigen Entscheidungen und Befug-nissen eingeräumt, daß von einem weitgehen-den Abbau der den Kriegsofopfern zugehenden Rechtsmittel gesprochen werden muß.

Nach bisher unwiderprochenen Meldungen beabsichtigt die Reichsregierung ferner, durch die vom Reichskabinet noch nicht verabschiedeten Entwürfe eines Ausgabenentzugsgesetzes und eines Spargesetzes weitere formale und ma-terielle Rechtsansprüche der Kriegsofopfer erheb-lich einzuschränken. So wird zum Beispiel an die Aufhebung des Reichsversorgungsgesetzes und an die Uebertragung der Aufgaben der Versorgungsbehörden an andere Behörden, die Landesversicherungsanstalten oder Finanz-ämter, gedacht. Die nach dem Reichsversor-gungsgesetz zu gewährenden Kinderzulagen sollen künftig nur noch den Schwerbeschädigten zugute kommen. Wenn und soweit für das-selbe Kind ein Kinderzuschlag nach den für die Beamten geltenden Vorschriften gezahlt wird, sollen Kinderzulagen nach dem Reichsversor-gungsgesetz nicht zur Auszahlung gelangen. Auch die Renten aus der Invaliden-, Ange-stellten- und Unfallversicherung sowie die Be-

Berichte.

Breslau. Dem Wunsche der Mitglieder nach einer gefälligen Zusammenkunft hatte die Ortsverwaltung durch die Veranstaltung eines Sommerfestes am 20. August entsprochen. Da Kollege Klar am 1. September auf eine 25jährige Dienstzeit im Verbands zurückblicken konnte, wurde die Festveranstaltung gleichzeitig zu einer Ehrung für ihn. Schon die Ausschmückung des Saales mit Bäumen und auf der Bühne und mit zahlreichen Blumen auf den Tischen zeigte an, daß die Veranstaltung nicht nur der Unterhaltung und dem Vergnügen gelten sollte, sondern daß hier eine besondere Feier beabsichtigt war. Als Gäste waren erschienen eine Anzahl auswärtiger Kollegen und Vertreter des Ortsausschusses des DDB, der Verbände der Buchdrucker, der Lithographen und Steinbrüder und der graphischen Hilfsarbeiter. Die Breslauer Kollegenschaft war außerordentlich zahlreich vertreten. Die Hauskapelle des Gewerkschaftshauses leitete die Feier mit einem Festmarsch und einer Festouvertüre ein. Dann brachte Rezitator Grabowky eine Anzahl proletarischer Dichtungen zum Vortrag. Nach ihm bestieg Kollege Bruck die Bühne, um den Kollegen Klar durch eine Ansprache zu ehren. Er wies darauf hin, daß Kollege Klar bereits mehr als 40 Jahre dem Verbands angehört. Früher wurde die Betätigung für die Gewerkschaften im Gegensatz zu heute von den Organen des überwindenden Obrigkeitsstaates scharf unter die Lupe genommen. Galt es doch, die Betätigung zu unterbinden. Wenn man schon dem aufs Korn genommenen Sünder mit den unter dem Sozialistengesetz verschärften Strafbestimmungen nichts anhaben konnte, dann gab es doch der Schichten genug, mit denen man den Funktionen der Arbeiterbewegung ihre Tätigkeit erschweren und sie manches Mal sogar unmöglich machen konnte. Eines der beliebtesten Mittel war die Einwirkung auf die Unternehmer, um die Maßregelung gewerkschaftlicher Funktionäre zu erreichen. Unser Jubilar hat das alles zu spüren bekommen. Er hat sich jedoch nicht gebeugt, sondern alles getan, um unsere Bewegung zu fördern. Wenn auch heute die Gewerkschaften nicht mehr vom Staate bekämpft werden, nachdem sie groß und stark geworden sind, dann haben sie doch der Gegner genug, die sich bemühen, mit allen Mitteln den Einfluß der Gewerkschaft zurückzuschrauben. Bei der uns bevorstehenden Reichstagswahl gilt es diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Daß kann mit Erfolg geschehen, wenn die Gewerkschaftsmitglieder und darüber hinaus die gesamte Arbeiterklasse am 14. September ihre Stimmen für die Liste 1 abgeben. Wenn darüber hinaus die Kollegenschaft für den weiteren Auf- und Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation Sorge trägt und deren Einfluß mehrt, dann würde damit der Kollege Klar am besten geehrt. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgten dann noch Ansprachen des Kollegen Hölzel-Firsberg und des Kollegen Sporn, der für die graphischen Verbände sprach und dabei hervorhob, daß Kollege Klar das Graphische Kartell gegründet habe, in dessen Auftrage er, Sporn, dem Jubilar einen prächtigen Blumentorb überreichte. Die Glückwünsche des Verbandsvorstandes, des Gausvorstandes, der Ortsverwaltung des Ortsausschusses des DDB, und der Angehörigen des Verbands, die alle mit Spenden für den Jubilar verbunden waren, hatte der Kollege Bruck zum Ausdruck gebracht. Außerdem waren zahlreiche Glückwünsche aus dem Gau und dem Reiche eingegangen. Kollege Klar dankte den Gratulanten mit der Versicherung, daß er auch künftig sich an dem Kampf der Arbeiterklasse mit ihren Gegnern beteiligen werde. Die Ehrung schloß mit dem Absingen eines eigens auf den Jubilar gedichteten Liedes. Nunmehr beauftragte Frau Grabowky-Beilich die Anwesenden mit ihren heiteren Vorträgen. Der allseits beliebte Tanz füllte den Rest des Abends bis in den ersten Morgenstunden aus.

Bünde i. B. In unserer Mitgliederversammlung am 12. September waren zirka 45 Kolleginnen und Kollegen erschienen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hatte Kollege Wufmann vom Fabrikarbeiterverband ein entsprechendes Vortragsthema gewählt. Er fand mit seinen einständigen interessanten Ausführungen aufmerksame Zuhörer. Er erinnerte an die früheren Zeiten, in denen der Arbeiter mehr Tier als Mensch war und kennzeichnete recht treffend das wahre Gesicht der bürgerlichen Klasse, die auch heute wieder den Kernstein der Armeen alle Erwerbslosen der letzten Jahre zu nehmen sich ansetzt und ihnen sogar noch neue unverantwortlich hohe Lasten aufbürden will. Er erinnerte weiter an die Verschlechterungen in der Kranken- und Arbeitslosenfürsorge und vieles andere mehr und beendete seinen Vortrag mit der Schlussfolgerung, daß jeder Gewerkschaftler die Pflicht habe, aktiv mitzuarbeiten, um unsere Ziele verwirklichen zu können. Kollege Wufmann fand mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Der Arbeiterkamerader-Sammlung wurden

5 Mt. überwiesen. Anschließend wurden die Lokalbeiträge neu geregelt. Die älteren Kolleginnen der ersten Klasse sollen möglichst in die zweite Klasse aufrücken, vor allen Dingen aber muß das Restanten-unwesen beseitigt werden, damit eine pünktlichere Beitragsleistung und Abrechnung bei uns möglich wird. Zur Erledigung der Vorarbeiten zur Feier des im Januar stattfindenden zehnjährigen Bestehens der Zahlstelle wurde eine Kommission von fünf Kollegen beauftragt. Zum Schluß wurden noch einige eingegangene Schreiben verlesen und besprochen und anschließend daran die recht gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Eberswalde. In unserer Versammlung am 11. September hörten wir einen Vortrag des Kollegen Lemser-Berlin über: „Die Veränderungen in der Sozialversicherung infolge der Notverordnung“. Kollege Lemser brachte den Versammlungsteilnehmern in verständlicher Weise die für die Versicherten schärferen Bestimmungen zu Gehör. Er kritisierte sehr scharf das Verhalten der Regierung, vor allem auch die Stellungnahme der Unternehmer, deren Gelschrei nach einem Abbau der Sozialversicherung Folge gegeben worden ist. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Interesse entgegengenommen. In der sich anschließenden Diskussion sprach Kollege Gilsler im Sinne des Vortragenden unter Anlehnung an die örtlichen Verhältnisse. Im Anschluß daran gab Kollege Gilsler den Kartellbericht, wobei er die Kollegenschaft aufforderte, dem neugegründeten Konsumverein beizutreten. Nachdem dann einige Vorkommnisse bei der Firma S. u. S. kritisiert worden waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Gau Magdeburg. (Bezirksversammlung in Burg.) Unsere am 7. September abgehaltene Bezirksversammlung hatte einen guten Besuch, ein Zeichen dafür, daß für derartige Veranstaltungen immer noch ein Interesse vorhanden ist. Vertreter waren die Zahlstellen Brandenburg, Magdeburg, Rathenow und Burg.

Aus dem Situationsbericht des Kollegen von der Reith konnte man entnehmen, daß die Unternehmer drauf und dran sind, einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen. Kollege von der Reith berichtete, daß sämtliche Orte schwer unter der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Weiter ging er auf die jetzt zu beachtenden Änderungen unserer Manteltarife näher ein. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine gründlichen und weitausschauenden Ausführungen. In der Aussprache unterstrich Kollege Rüdiger-Brandenburg die Ausführungen des Referenten: Er bedauerte, daß trotz der schweren Zeit die Mitgliederversammlung nicht so besucht werden, wie das notwendig ist, und daß auch in Brandenburg das Bestreben nach Lohnkürzungen zu erkennen sei. In seinem Schlußwort gab Kollege von der Reith vor allem den Kolleginnen den dringenden Rat, in der heutigen schweren Zeit fest zusammenzuhalten und bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Liste 1 zu wählen.

Dann sprach Kollege Bading-Magdeburg über „Wirtschaftspolitik und soziale Geseßgebung“. Er verstand es ausgezeichnet, uns in seinem Vortrage die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialgeseßgebung vor Augen zu führen. Auch machte er darauf aufmerksam, daß es Zeit sei, mit der derzeitigen Regierung aufzuräumen. Kollege Bading erntete für seine gut verständlichen Ausführungen ebenfalls großen Beifall.

Zum Schluß der Versammlung machte Gaujugendleiter Kollege Bonstap-Magdeburg diejenigen Zahlstellen, die trotz Zusage die Besichtigung der Jugendfahrt nach Leipzig unterlassen haben, darauf aufmerksam, daß solche Zusagen in Zukunft gehalten werden müssen. Für Jugendveranstaltungen müssen die erforderlichen Geldmittel vorhanden sein. — Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Nach dem gemeinsamen Mittagessen blieben alle noch einige Stunden in bester Kollegialität zusammen. Wir hoffen, daß auch diese Zusammenkunft gute Früchte tragen wird.

Pforzheim. Der Gausvorstand des Gaus Württemberg-Baden hatte durch Rundschreiben bei allen Zahlstellen des Gaus angeregt, im Laufe des Jahres Bezirkstreffen abzuhalten. Diese Treffen sollen den Zweck haben, die Mitglieder des Bezirks einander näherzubringen, eine Aussprache über wichtige Fragen herbeizuführen und dann noch einige Stunden der Geselligkeit zu widmen im Kreise der Familienangehörigen.

Die Zahlstelle Pforzheim hat am 31. August den Reigen eröffnet und in einem Rundschreiben die Kollegen von Bretten und Pforzheim, sowie die Einzelmitglieder von Freudenstadt nach dem Naturfreundehaus Kohleral im schon gelegenen Nagodtal eingeladen. Die Beteiligung, speziell von Pforzheim, konnte eine weit bessere sein. Die Teilnehmer trafen sich am Bahnhof in Pforzheim und fuhrten zusammen nach Bad Teinach. Dort an-

gekommen wurde eine 4stündige Fußwanderung nach dem Naturfreundehaus Kohleral angetreten. Die Sonne brannte fürchterlich und es gab manche trockene Buchbinderlehle. Im Haus angekommen wurden die Teilnehmer vom Hauswart, dem Kollegen Rathgeber und seiner Frau, mit einem kräftigen „Berg frei“ begrüßt. Nach dem Frühstück wurde das Haus und Umgebung besichtigt und alles war erstaunt über die schöne musterhafte Einrichtung, die sich hier die Pforzheimer Naturfreunde geschaffen haben. Inzwischen hatte der Hauswart den Mittagstisch gerichtet und auch hier waren alle erstaunt über das Essen, das so gut und billig in der einfachen Küche der Naturfreundehäuser hergestellt werden kann. An dieser Stelle sei dem Hauswart, Kollegen Rathgeber, für all seine Bemühungen noch einmal gedankt. Nach dem Mittagessen wurde den Teilnehmern Gelegenheit gegeben, sich im nahen Wald etwas auszurufen, um ihre Gedanken für die kommende ernste Arbeit zu sammeln. Kurz nach 1 Uhr konnte Kollege Bürgi die Konferenz eröffnen. Die Tagesordnung lautete:

1. Was bedeutet die kommende Reichstagswahl für die Gewerkschaften? Referent: Gaulteier Kollege Döbbling.
2. Unsere Tarife und ihre Erhaltung.
3. Aussprache und Verschiedenes.

Bevor Kollege Döbbling auf das eigentliche Thema einging, machte er einige geschäftliche Mitteilungen. Er bedauerte u. a., daß auch er allein von Stuttgart gekommen sei, da weder Gau noch Zahlstelle Geld hätten, um auch nur noch einen Kollegen an dieser Konferenz teilnehmen zu lassen. Die Arbeitslosigkeit ist auch in Stuttgart so groß, daß nicht nur die Einnahmen geringer sind, sondern auch mehr Mittel aufgebracht werden müssen, um die Ausgesteuerten zu unterstützen. Auch er bedauerte, daß die Pforzheimer, die doch mit weniger Kosten an dieser Konferenz teilnehmen konnten, in so kleiner Anzahl erschienen sind. Wegen der geringen Teilnehmerzahl beantragte er, Punkt 2 und 3 von der Tagesordnung abzusehen, was angenommen wurde.

Dann führte Kollege Döbbling aus: Vor dem Kriege gab es eine einige deutliche Arbeiterkraft, heute hat sie sich gespalten. Das deutsche Volk liehe hart an einem Bürgerkrieg. Die Verhältnisse haben sich in den letzten vier Monaten sehr zum Nachteil der Arbeiter geändert und deshalb müsse die Arbeiterkraft zum Wahlkampf unbedingt Stellung nehmen. Wohl ist eine Aufwärtsbewegung in den freien Gewerkschaften zu verspüren. Es sind wieder 5 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden, die jedoch immer noch nicht stark genug sind, um gegen die Feinde von rechts und links ankämpfen zu können. Unter der christlichen Regierung Brüning sind alle Verschlechterungsanträge der Rechten gegen die Sozialpolitik durchgeführt worden. Den Verbänden der Unternehmer ist es unter dem Rabinett Müller-Wißell nicht gelungen, eine Verschlechterung der Sozialpolitik durchzubringen. Mit dem Ausschneiden der Sozialdemokratie aus der Regierung hat die Regierung Brüning nach dem Willen der Unternehmer mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine Verschlechterung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung durchgeführt. Um rund 100 Millionen wurden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gekürzt, sie hat u. a. die Familienwochenhilfe von 32 Millionen auf 16 Millionen gekürzt, sie hat die unter der Regierung Müller gezahlten 4 Millionen für Kinderbespeisung auf 1 Million gekürzt. Sinzu kommen noch die vielen anderen Verschlechterungen in der Sozialpolitik und die Steuern, von denen insbesondere die arbeitende Bevölkerung hart betroffen wird. Während unter der Regierung Müller die Unfall- und Invalidenversicherung wesentlich erweitert worden ist, hat die Regierung Brüning die Krankenversicherung in ihren Leistungen auf Grund des § 48 der Reichsverfassung erheblich verschlechtert. Für Krankenhäuser und ärztliche Rezepte müssen alle Kranken, auch die ärmsten, heute eine Gebühr von 50 Pf. bezahlen. Die Barleistungen sind so reduziert, daß ein qualifizierter Arbeiter höchstens noch 4,50 Mt. pro Tag Krankengeld beziehen kann. Diese Verschlechterungen genügen dem Unternehmertum und der Regierung Brüning noch nicht. Diese Regierung genehmigt den Unternehmern weiter noch Lohnabbau ohne Preisentung. Der Lohnkampf im Ruhrbergbau gab das Signal dazu. Was Minister Seevering ein Jahr vorher zum Besten der Arbeiter durchführte, das hat der christliche Reichsarbeitsminister Stegerwald wieder verschlechtert. Die Industrietätigen kündigen die Tarife, die Arbeiter wollen sich den Lohnabbau nicht gefallen lassen, die Unternehmer beantragen Entlassung der Betriebe, den Arbeitern droht das Gespenst der monatelangen Arbeitslosigkeit, unter dem verschlechterten Arbeitslosenversicherungsgesetz der Regierung Brüning und — den Zeitverhältnissen entsprechend — gibt der Arbeiter schließlich nach. Die Unternehmer nennen das Patriotismus. Unter Patriotismus verstehen sie weiter noch, die Gelder, die zur Anturbelung

der deutschen Wirtschaft ausreichen würden (10 Milliarden), nach dem Ausland zu verschleppen. Die Fertigstellung der Arbeit wird nach dem Zustand vergeben. So wurden 200 000 Bände in der Tischschloßware hergestellt und die deutsche Buchbinderarbeiterschaft liegt brotlos auf der Straße. Der Einfuhrzoll für Weizen wird erhöht, damit der Brotkorb der Arbeiter immer noch höher gehängt werden kann. Wer trägt die Hauptschuld an diesen traurigen Zuständen? Unsere Feinde von rechts und links. Das sind die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Letztere stimmten im Reichstag gegen alle Verbesserungsanträge in der Sozialpolitik, gegen Arbeitsreform, gegen die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, gegen den Young-Plan, der doch eine Minderleistung für das deutsche Volk von mindestens 500 Millionen im Jahr bringt. Sie tragen die Hauptschuld an der Ohnmacht der Arbeiterklasse, indem sie ständig auf die Zersplitterung der Arbeiterschaft hinarbeiten. Es ist endlich an der Zeit, daß sich ein jeder Arbeiter überzeugt, was die Existenz der kommunistischen Partei und ihre Rolle im Deutschen Reichstag bedeutet, und jeder Arbeiter, der seine Stimme der kommunistischen Partei gibt, trägt dazu bei, die Pläne des Bürgerblocks zu erleichtern.

Als gefährlich für die Arbeiter und für den Bestand der deutschen Republik bezeichnete Kollege Döbbling die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Diese Partei bestehe aus abgetauften Generälen, ehemaligen Prinzen und Großindustriellen. Daß eine solche reaktionär zusammengesetzte Partei den Namen Arbeiterpartei führt, ist geradezu ein Hoß für die ehrlich denkende Arbeiterschaft. Leider finden wir aber in diesen Reihen eine große Anzahl Arbeiter, die sich dazu hergeben, auf Kommando ihre Arbeitskollegen auf offener Straße niederzuschießen. Tagtäglich bringen die Zeitungen Meldungen von solchen Überfällen. Solche von der deutschen Industrie gekauften Söldner bedeuten nicht nur eine Gefahr für die gesamte deutsche Republik, sie blamieren den deutschen Arbeiter im Ausland. Jedem freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter muß es einleuchten, daß mit einer solchen Arbeiterpartei an ein Vorwärtstommen nicht zu denken ist. Die Arbeiterschaft muß dieser Horde scharf entgegenreten.

Zum Schluß führte der Redner noch alle Errungenschaften unter sozialdemokratischen Ministern in der Nachkriegszeit an. Leider versteht es die Arbeiterschaft nicht immer, diese richtig anzunehmen.

Zu diesen Errungenschaften zählte der Referent die Verfassung und das Betriebsratsgesetz. Letzteres wurde von der Arbeiterschaft vielfach geradezu boykottiert. Wie könnte es denn sonst vorkommen, daß in der Eisindustrie fast kein Betriebsrat mehr vorhanden ist und daß die größte Firma am Pläße Porzheim die Arbeiter nach Belieben auf die Straße wirft. Kollege Döbbling ermahnte alle Anwesenden, bis zum 14. September alles zu tun, um der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen. Ein Reichstag muß gewählt werden, in dem eine Regierung gebildet wird, die für das gesamte deutsche Volk da ist und nicht nur für den Geldsack. Reicher Beifall dankte dem Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen.

In der Diskussion meldeten sich die Kollegen Schulz und Bötel. Ersterer war mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden. Weder die früheren Reichstage noch der kommende werde für die Arbeiterschaft Verbesserungen bringen, sondern durch Gewalt müsse die Arbeiterschaft den Kapitalismus beseitigen. In seinem Schlusswort ging der Referent auf die aufgeworfenen Fragen ein.

Da die anderen Punkte der Tagesordnung abgelehnt worden waren, konnte Kollege Bürgi die Ehrung von drei Mitgliedern für 25jährige treue Mitgliedschaft vornehmen. Es sind dies die Kollegin Trinkl, die Kollegen Kühnle und Kaufmann. Kollege Bürgi überreichte denselben die Ehrenurkunde des Verbandes mit einem Geschenk von der Zahlstelle und dankte allen für ihr treues Aushalten. Er hofft, daß sie auch fernerhin treu zu ihrer Organisation stehen werden. Kollege Döbbling dankte ebenfalls dem Jubilaren für ihre Treue zur Organisation. Insbesondere dankte er dem Kollegen Kühnle für seine Arbeit für die Organisation und daß er trotz langer Arbeitslosigkeit immer noch die Kassengeschäfte der Zahlstelle in musterhafter Ordnung führt.

Kollege Bürgi schloß die Konferenz mit dem Wunsch, daß alle Teilnehmer befriedigt nach Hause gehen und daß am 14. September der Wunsch der deutschen Arbeiter in Erfüllung gehen möge.

Kunmehr kam der gemütliche Teil zu seinem Recht. Es wurde ein Spaziergang nach der Ruine Waldeck unternommen, wohin uns die Porzheimer Führer — wie üblich — verkehrte Wege führten, so daß man die Frauen an den Stöden den Berg herausziehen mußte. Nach Rückkehr von diesem Spaziergang war es Zeit zum Aufbruch nach dem Bahnhof. In Porzheim angekommen, verabschiedeten sich die auswärtigen Kollegen von den Porzheimern mit dem Wunsch, sich bald wieder beim Bezirkstreifen einer andern Zahlstelle zu sehen.

Blauen. Unsere Zahlstelle feierte am 13. September ihr 30jähriges Bestehen. Zu dieser Feier waren fast 500 Besucher erschienen. Ein Künstlerpaar vom hiesigen Stadttheater verschönte die Feier, die einen prächtigen Verlauf nahm, durch Lieder am Klavier und durch ernste und heitere Rezitationen. Kollege Leichert hielt die Besucher durch seine „Manipulation der Täuschungskunst“ in Spannung. Sämtliche mitwirkenden Kräfte, auch die Ungenannten, fanden mit ihren Darbietungen reichen Beifall. Kollege Liebig begrüßte die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen und die auswärtigen Gäste, die von Chemnitz, Zwickau, Martneutirchen, Mühltrösch, Schleiz und Greiz trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Einladung Folge geleistet hatten. Vertreter der Buch- und Steindruckerei überbrachten die Glückwünsche ihrer Organisationen, sie betonten das gute Zusammenarbeiten der graphischen Verbände hier in Blauen, das auch weiterhin reiche Früchte tragen möge. Kollege Scharf überbrachte die Glückwünsche der Zahlstelle Greiz und des Gaues Thüringen.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes

Im Mittelpunkt des Abends stand die Festansprache und die Ehrung unseres Jubilars Bernhard durch unseren Gauleiter, Kollegen Miering-Chemnitz. Dieser brachte die herzlichsten Glückwünsche des Verbandsvorstandes zum Ausdruck und überreichte dem Jubilare die Ehrenurkunde des Verbandes. Kollege Miering hob in seiner Rede das gute Zusammenarbeiten der Zahlstelle mit der Gauleitung hervor. Blauen gehört zu den besten Zahlstellen des Gaues Sachsen. Im Anschluß hieran beglückwünschte Kollege Liebig den Jubilare im Namen der Zahlstelle und überreichte ihm im Auftrage der Ortsverwaltung ein Geschenk. Er ermahnte die jüngeren Mitglieder, ebenso treu zur Organisation zu halten und unserem alten Kollegen nachzueifern. Zum Abschluß der Feier blieben die Teilnehmer bei fröhlichem Tanz noch lange beisammen.

Als vor 30 Jahren die Zahlstelle Blauen gegründet wurde, war das nicht der erste Versuch, den die damaligen Berufsangehörigen unternahmen. Schon im Jahre 1892 kam es hier zur Gründung einer Zahlstelle, die leider nur 1 1/2 Jahre bestehen konnte. 1896

wurde abermals eine Gründung vorgenommen, deren Lebensdauer jedoch nur 1/2 Jahre war. Trotz aller dieser Fehlschläge wurde die Verbindung unter den damaligen Kollegen nicht aufgegeben, sie kamen öftig in „Brezhengeklubb“ gefellig zusammen. Endlich, im Jahre 1900, das sich durch eine besondere Leitung auszeichnete, durch die sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft immer drückender gestaltete, kam es abermals am 10. September zur Gründung der Zahlstelle, wobei 50 Kollegen die Mitgliedschaft erwarben. Der Weg, den die Zahlstelle in den folgenden Jahren zu gehen hatte, war recht steinig und es ist nur einem kleinen Stamm alter Kollegen zu danken, daß die Zahlstelle Blauen, trotz aller Rückschläge, langsam aber sicher aufwärts gebracht werden konnte. Zu Beginn des Jahres 1910 stellten die Kollegen der Kartonagenbranche ihre erste Lohnforderung auf. Die Unternehmer lehnten diese jedoch ab und es kam daraufhin zum Streit. Trotz der Hilfe von Hamburger Streikbrechern, die unter völligem Polizeischutz standen, konnte die Arbeit nach vierwöchigem Streit mit einem materiellen und auch moralischen Erfolg wieder aufgenommen werden. Die Mobilmachung im Jahre 1914 nahm uns auf einen Hieb 27 Kollegen, denen im Laufe der Zeit noch viele weitere folgten. Dem Krieg fielen auch einige unserer Besten zum Opfer. Das Jahr 1922 brachte für die Geschäftsbuchbranche einen 2 1/2 Wochen andauernden Streit, der ebenfalls mit Erfolg beendet werden konnte. Das Jahr 1923 brachte der Zahlstelle wieder einen größeren Rückschlag, da viele unserer Mitglieder wankelmütig wurden und unserer Organisation den Rücken kehrten. Das folgende Jahr stand dann im Zeichen des Wiederaufbaues, der wesentlich gefördert wurde durch die Wahl des Kollegen Liebig als Vorsitzenden, während Kollege Mittelstädt die Kassengeschäfte schon seit 1922 führt. Mit Hilfe eines guten Stammes erfriger Funktionäre ging es nun wieder aufwärts, so daß wir heute in Blauen zu 90 Proz. organisiert sind. Unsere vornehmste Aufgabe soll es sein, auch die letzten 10 Proz. unserer Organisation noch zuzuführen.

Inhaltsverzeichnis.

- Kampf der Wirtschaftskriege.** Die Entvölkerung der Industriehallen. Man rechnet nach PS und vergißt die Menschen!
- Die Konsumgenossenschaften.** Eine zerbrochene Wertgemeinschaft.
- Innungsbüchel vor 70 Jahren.** Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.
- Wie der Preis entsteht.** Zur Unterhaltung: Ausgetoßen IX. — Unabkömmlich. Aus der Sozialversicherung: Der Verbandsbeitrag. (Gedicht.) — Die Heilfürsorge in der Invalidenversicherung. — Unzureichende Versorgung der Angehörigen als Ablehnungsgrund einer Arbeit. — Die Kriegsoptimierung in Gefahr. — Mitgliederjahre, Leistungen der Krankenkasse und Ausgaben der Krankenkassen im Jahre 1928.
- Berichte:** Breslau — Bünde — Eberswalde — Gau Ragdeburg — Porzheim — Blauen.
- Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes:** Einfindung der Verbandsgelder. — Materialverfand. — Lokalbeiträge.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Einfindung der Verbandsgelder.** Alle überschüssigen Verbandsgelder sind immer sofort, spätestens aber vor Ende jeden Monats an die Verbandskasse einzusenden. Da das dritte Quartal mit der 39. Beitragswoche am Sonnabend, dem 27. September, abschließt, werden wir alle bis zum 30. September eingezahlten Geldsendungen noch als für das dritte Quartal eingekandt verbuchen. Die örtlichen Bevollmächtigten und die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbeträge nicht zurückgehalten, sondern an die Verbandskasse eingekandt werden. Für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen haftbar.
2. **Materialverfand.** An die Kassierer aller Gause und Zahlstellen sind in den letzten Tagen verhandelt worden:
 1. Abrechnungsformulare und Ergänzungsbogen für den Abschluß des dritten Quartals.
 2. Kassenaufschlußformulare für die Kassenrevision.
 3. Berichtstarten an den Gauvorstand über einen Auszug aus der Quartalsabrechnung.

4. Rundschreiben Nr. 189.
 5. Die Berichtstarten über Mitgliederstand, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern nach dem Stand vom Sonnabend, dem 27. September.
 6. Berichtstarten über den Grad der Beschäftigung nach dem Stand vom Sonnabend, dem 27. September.
 7. Berichtstarten betreffend Extraausfertigung an Ausgesteuerte pro September. Sollten die vorgenannten Sendungen irgendwo nicht angekommen sein, dann erbitten wir umgehende Mitteilung. Die Berichtstarten müssen bis spätestens Donnerstag, den 2. Oktober, in unserem Besitz sein, was wir dringend zu beachten bitten.
 3. Die Lokalbeiträge sind in der Zahlstelle Bünde in Weiskalen ab Woche 40 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in
- | | | | | | | |
|-----------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
| Beitragsklasse: | | I | II | III | IV | V |
| | Bl. | Bl. | Bl. | Bl. | Bl. | Bl. |
| | 5 | 10 | 10 | 10 | 15 | 15 |
- Der Verbandsvorstand.**